



IPCC-Bericht bestätigt Klimakrise. BUND: Klimaschutz nicht aufschieben, Industriestaaten müssen zuerst handeln

IPCC-Bericht bestätigt Klimakrise. BUND: Klimaschutz nicht aufschieben, Industriestaaten müssen zuerst handeln
Berlin/Stockholm: "Der Klimawandel findet statt und er wird schlimmere Auswirkungen haben als befürchtet. Der IPCC-Bericht macht deutlich, dass die Welt beim Klimaschutz nicht zögern darf. Um extreme Wetterlagen, Überschwemmungen, Dürren, Hungerkatastrophen und große Flüchtlingsströme zu vermeiden, müssen vor allem die Industriestaaten sofort handeln. Längeres Warten wird für alle sehr sehr teuer", sagte Hubert Weiger, Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) zur Veröffentlichung des ersten Teils des neuen UN-Klimaberichts in Stockholm. Ein neues internationales Klimaschutzabkommen müsse so schnell wie möglich verabschiedet und bis spätestens 2020 ratifiziert werden.
Weiger: "Wenn die für den Klimawandel hauptverantwortlichen Industriestaaten und inzwischen auch große Schwellenländer so weitermachen wie bisher, setzen sie das Leben von Millionen Menschen aufs Spiel. Ab sofort muss der globale CO₂-Ausstoß kontinuierlich verringert werden, sonst wird die kritische Zwei-Grad-Grenze überschritten und der bereits eingeschlagene Weg in die Klimakrise unumkehrbar." Die letzte Bundesregierung habe den Klimaschutz sträflich vernachlässigt, kritisierte Weiger. Sie habe auf EU-Ebene strengere CO₂-Grenzwerte für neue Pkw verhindert und das Energieeffizienzgesetz sowie die Reform des Emissionshandels torpediert. Um das Ziel, bis 2020 den CO₂-Ausstoß in Deutschland um 40 Prozent zu senken, überhaupt noch erreichen zu können, stehe eine neue Bundesregierung vor schwierigen Aufgaben. Sie müsse dringend ein Klimaschutzgesetz verabschieden, das einen Maßnahmenplan zur drastischen Reduzierung der Treibhausgase sowie mittel- und langfristige Zielvorgaben enthalte. Und sie müsse alles tun, damit die Europäische Gemeinschaft als Ganzes auf der internationalen Bühne wieder eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz spiele.
Weiger: "Ob Gebäudesanierung, Strom- oder Spritverbrauch - auch in Deutschland wurden die Einsparpotentiale beim CO₂-Ausstoß in den letzten vier Jahren nicht mobilisiert. Bundeskanzlerin Angela Merkel darf sich nicht länger als oberste Autolobbyistin profilieren, sie muss den Klimaschutz wieder ins Zentrum ihrer Politik stellen." Die Treibhausgas-Emissionen im Verkehr müssten bis zum Ende der Legislaturperiode um ein Viertel reduziert werden. Dazu sei der CO₂-Ausstoß neuer Pkw zunächst auf durchschnittlich 80 Gramm pro Kilometer und dann auf 60 Gramm pro Kilometer zu begrenzen. Wesentlich erhöht werden müsse der Anteil erneuerbarer Energien im deutschen Strommix. Es sei möglich, ihn innerhalb der kommenden Legislaturperiode um mindestens 50 Prozent anzuheben.
Weitere Informationen: www.bund.net/themen_und_projekte/klima_und_energie/

Pressekontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

inga.roemer@bund.net bzw. Rüdiger Rosenthal, BUND-Pressesprecher, Tel. 030-27586-425/-489, E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net

Firmenkontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

inga.roemer@bund.net bzw. Rüdiger Rosenthal, BUND-Pressesprecher, Tel. 030-27586-425/-489, E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDJugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an. Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands. Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.